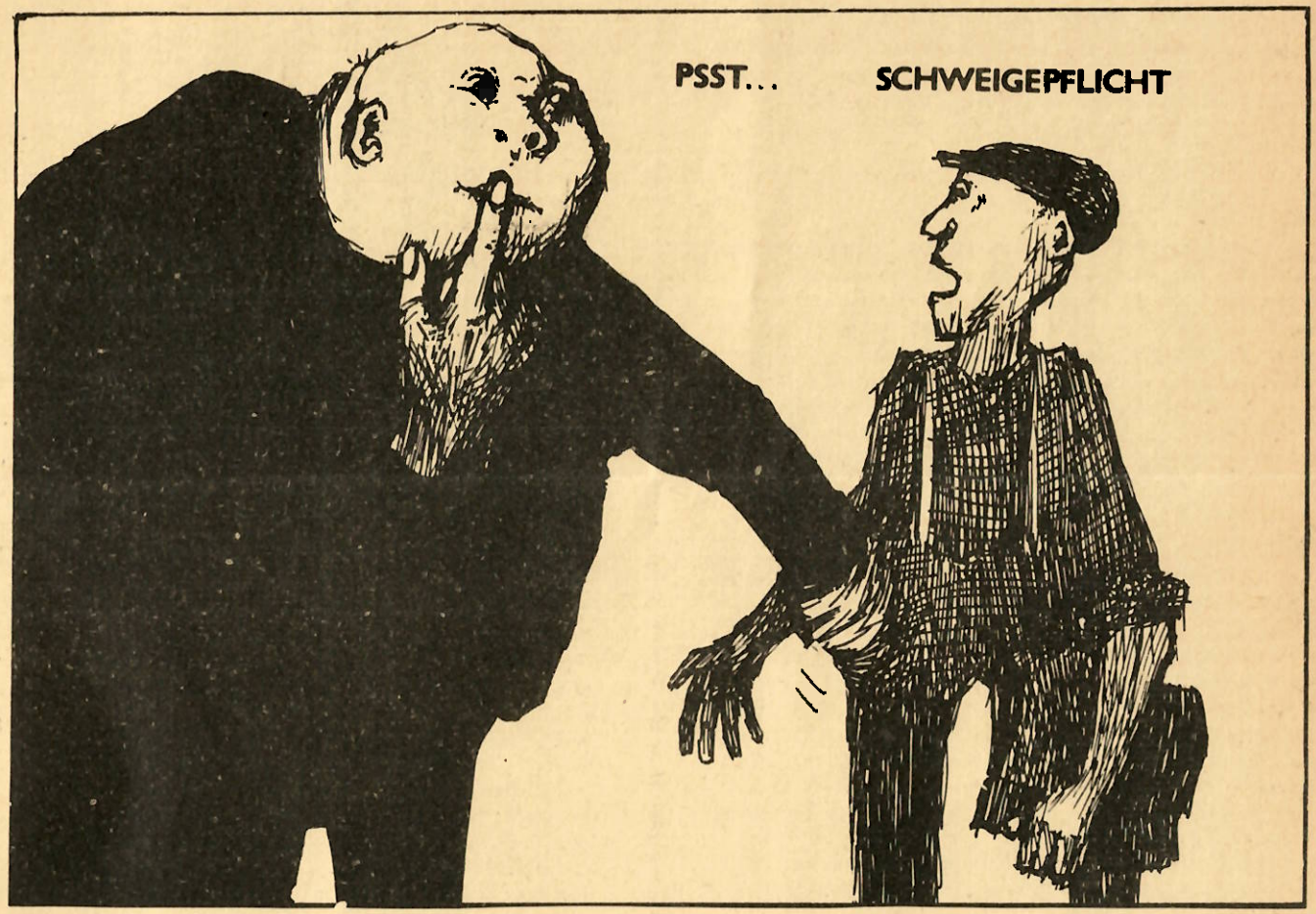
SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ

herausgegeben vom Sozialistischen Büro, Offenbach - Nr. 4/71, 2o. Mai
Solidaritätsbeitrag 5o Pfennig



1. Mai '71

Schluss mit der »Schweigepflicht«
Arbeiter sagen IHRE Meinung

Während die Gewerkschaften die Mai-Veranstaltungen 1971 in den meisten Fällen sehr akademisch und würdevoll "durchführten" oder auch "abwickelten" war es in Darmstadt gelungen, eine Mai-Kundgebung durchzusetzen, bei der endlich die Arbeiter wieder zu Wort kamen. Dies führte zu einer lebhaften und auch zahlenmäßig guten Beteiligung an Kundgebung und Demonstration. Während der offizielle Mai-Redner, der Chemie-Bezirksleiter Fabian, sich das Thema "Umwelt-Schutz" zu eigen machte, brachten die Arbeiter in ihren Reden - unter Beifall der Kollegen - die Probleme am Arbeitsplatz und insbesondere das Betriebsverfassungsgesetz zur Sprache. Auf den folgenden Seiten bringen wir drei Arbeiter-Reden der Mai-Kundgebung in Darmstadt.

Weg mit dem unternehmerfreundlichen BVG-Entwurf!

Mein Name ist Eberhard Döll. An diesem 1. Mai spreche ich zu Euch als Arbeiter und Betriebsrat.

Kolleginnen und Kollegen!

Die in unserem Wirtschaftssystem bestehende Diskrepanz zwischen Arbeitern und Betriebsräten richtet sich unmittelbar gegen unsere Interessen. Durch Gesetz zwingt man uns, zugleich wie Unternehmer und Arbeiter zu denken. Damit soll unser Bewußtsein gespalten, unsere Kampfkraft zersetzt werden.

Kann man das ändern, indem man dafür kämpft, daß einzelne Gesetze geändert werden? Oder müssen wir die Grundlage solcher Gesetze bekämpfen?

Gucken wir uns einmal die Entstehung des für uns so folgeschweren Betriebsverfassungsgesetzes an. Nach '45 waren es die aus Krieg, Gefangenschaft und KZ zurückgekehrten Arbeiter, die den ersten Schritt zum Wiederaufbau der Wirtschaft unternahmen. Sie bildeten Produktionskomitees und sorgten mit den von ihnen wieder ins Leben gerufenen Gewerkschaften und Arbeiterparteien für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung auf kommunaler Ebene. Auf Grund dieser Voraussetzungen formulierten sie ihre Ziele: Sozialisierung und Mitbestimmung.

Im Schutze der Alliierten und der Kontrollratsgesetze jedoch begann das Kapital, seine Machtpositionen zurückzuerobern. Eine Reihe höherer Gewerkschaftsführer wurde von den Alliierten eingesetzt: Der Wiederherstellung des Kapitalismus stand nichts mehr im Wege. Lediglich im Montanbereich gelang es, kümmerliche Mitbestimmungsformen durchzusetzen. Und auch diese sollten bereits 1950 wieder abgeschafft werden. Adenauer und Erhard behaupteten, sie seien verfassungswidrig. Nur Warnstreiks ermöglichten schließlich das Montanmitbestimmungsgesetz.

Inzwischen hatte man mit der Ausarbeitung eines Betriebsverfassungsgesetzes begonnen, 1951 stellten die Gewerkschaften wegen der ständigen Verschleppungstaktiken der Gegenseite ihre Mitarbeit daran ein.

Es entstand ein Gesetz, das den Kapitalisten alles, den Arbeitern nichts einbrachte. Streiks flackerten überall auf. Adenauer führte den DGB an der Nase herum: Er garantierte weitere Verhandlungen, falls die Streiks aufhörten. Und der DGB ging ihm auf den Leim: für alle überraschend, wurden die Streiks eingestellt.

Am 13. Juni 1952 nachmittags wurde über ein Gesetz verhandelt, das am gleichen Tag vormittags im Kabinett bereits beschlossen worden war. Also eine Scheinverhandlung! Natürlich konnten solche Verhandlungen nichts einbringen. Am 16., 17. und 19. Juli wurde das Betriebsverfassungsgesetz innerhalb kürzester Zeit durchgepeitscht. Die Rechnung des Kapitals war aufgegangen - die Arbeiter und ihre Gewerkschaften resignierten.

Was bedeutet dieses Gesetz für uns?

Der Betriebsrat ist der Kontrolle durch die Belegschaft entzogen. Er unterliegt einer starken Einschränkung der Meinungsfreiheit durch das Verbot politischer Betätigung im Betrieb. Das heißt, daß getreu der bürgerlich-ideologischen Trennung von Politik und Arbeitswelt, der Maulkorb, der dem Betriebsrat und der Betriebsversammlung verpaßt wird, dafür sorgt, daß alle

politischen Konflikte, die den Arbeiter mobilisieren könnten, an den Stammtisch verbannt werden. Der sogenannte Betriebsfrieden ist zu wahren.

Die sogenannten Rechte des Betriebsrates sind Scheinrechte:
Er kann über betriebliche Angelegenheiten informiert werden - die Informationen darf er aber nicht weitergeben;
er kann gehört werden - was nichts an der Unternehmerentscheidung zu ändern braucht;
er darf mitbestimmen, wer in welcher Reihenfolge z.B. bei Stillegungen entlassen wird - ob überhaupt stillgelegt wird - darüber hat er nichts zu bestimmen.

Der Betriebsrat wird zur "vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit dem Kapitalisten verpflichtet. Dies wurde wörtlich übernommen aus dem Nazi-"Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" von 1934.

Das hat den Sinn, die Arbeiter in das kapitalistische System einzugliedern. Die Klassengegensätze werden einfach weggelogen. Mit Begriffen wie "Gemeinwohl des Betriebes", mit der ganzen "alle-in-einem-Boot-"Ideologie will man dem Arbeiter einreden, der Betrieb, in dem seine Arbeitskraft ausgebeutet wird, sei sein Betrieb.

So leitet schon der Wortlaut des Betriebsverfassungsgesetzes die ganze Gehirnwäsche ein, der wir unterliegen. Beide, Unternehmer und Lohnabhängige,

die sich doch grundsätzlich gegenüberstehen, sind angeblich keine Gegner, sondern Sozialpartner.

Ja, plötzlich sind wir Arbeiter keine Arbeiter mehr, sondern sogenannte Arbeitnehmer - obwohl wir doch unsere Arbeitskraft geben, verkaufen müssen.

Unsere Gewerkschaftsvertreter wirken zusammen mit Kapitalisten und Regierung in der "Konzertierten Aktion", in der sie ohnehin keinen Einfluß haben und die den gewerkschaftlichen Kampf um unsere Interessen überflüssig zu machen versucht. Uns soll die Möglichkeit genommen werden, für unsere Rechte selbst einzutreten. Unser Denken verliert an Selbständigkeit - es bewegt sich in den dafür vorgesehen Bahnen: Dash und Omo, VW und Mercedes, Kickers Offenbach und Eintracht Frankfurt.

Wozu diese Gehirnwäsche?
Bei der Verabschiedung des alten BVG im Jahre 1952 zum Beispiel mußten die Kapitalisten mit dem Kampf der Arbeiter rechnen - ihren Streikwillen hatten diese bereits gezeigt. Heute - wenn ein neues Betriebsverfassungsgesetz entsteht - an dem im wesentlichen nichts neu ist außer seiner Verpackung- rechnet man nicht mehr mit unserem Widerstand.

Hat also die Gehirnwäsche Erfolg gehabt?
Wir müssen den Kampf gegen das neue Gesetz aufnehmen, der ein Teil ist des allgemeinen Kampfes gegen die Grundlagen solcher Gesetze, den Kapitalismus.

Kolleginnen und Kollegen!

Der 1. Mai ist der internationale Kampftag, an dem die Arbeiter für ihre Forderungen demonstrieren. Eine unserer wichtigsten Forderungen ist: Kein neues unternehmerfreundliches Betriebsverfassungsgesetz!

★★★

Solidarität gegen Unterdrückung und Ausbeutung!

Eckhard Müller. Ich bin Vertrauensmann in der Maschinenfabrik Schenck in Darmstadt.

Kolleginnen und Kollegen!

18 Jahre des jetzigen BVG haben dazu geführt, daß es in der Bundesrepublik so manche Betriebsräte gibt, die durch dieses Gesetz zum Sprachrohr der Geschäftsleitungen geworden sind und den Unternehmern die unangenehmste Tätigkeit abnehmen, nämlich das Schlichten von Konflikten.

Bei Schenck sieht das zum Beispiel so aus, daß bis vor einem halben Jahr in den Betriebsversammlungen vom Betriebsrat der Geschäftsbericht der Firmenleitung verlesen wurde. Oder daß der Schenck-Betriebsrat ein Flugblatt verteilen ließ, das sich gegen sozialistische Arbeitergruppen richtete. Diese Arbeitergruppen hatten aufgefordert, das jährliche Urlaubsgeld vor Abzug des damals eingeführten Konjunkturzuschlages auszuzahlen. Dadurch wäre der Konjunkturzuschlag niedriger ausgefallen. Statt diese Forderung aufzugreifen, wandte sich der Betriebsrat gemeinsam mit CDU und DAG-Vertretern dagegen, während die Geschäftsleitung reagierte und den geforderten Differenzbetrag nachzahlte.

Betriebsversammlungen als Beispiel für Demokratie im Betrieb hinzustellen, ist eine beliebte Masche. Aber in Wirklichkeit sieht das anders aus. Einmal bedeuten sie für die Unternehmer Produktionsausfall und Profiteinbußen, und es wundert einen dann auch nicht, wenn viele Betriebsräte diesem Druck nachgeben und nicht einmal die 4 gesetzlichen Betriebsversammlungen durchführen. Der Schenck-Betriebsrat hat sogar, und das ist kein Witz, eine der 4 Betriebsversammlungen gegen einen freien Fastnachts-Dienstag-Nachmittag eingetauscht. Zum anderen ist es so, falls einzelne es wagen, handfeste Kritik vorzubringen, daß sie sehr schnell isoliert werden. Bestenfalls wird so ein Vorgehen von den eigenen Kollegen als kleine Abwechslung vom täglichen Trott aufgefaßt. Der Unternehmer kann sich zudem noch dafür bedanken, daß er auf diese Weise leicht die sogenannten "schwarzen Schafe" herausfinden kann.

Wohlgemerkt, es geht mir nicht darum, Betriebsräte oder andere Gewerkschafter persönlich anzugreifen. Und wir haben ja auch eine Reihe von Interessenvertretern, die eindeutig auf unserer Seite stehen. Und die werden auch bestimmt nichts gegen meine Kritik einwenden.

Aber ich sage es noch mal ganz deutlich: hier gibt es keine Frage von Schuld oder Unschuld, gut oder böse, sondern solche Gesetze müssen sich eben notwendigerweise so auswirken. Ich sage aber auch, daß das noch lange nicht heißt, daß wir so was einfach schlucken müssen. Deshalb müssen wir die, welche die Rolle, die ihnen die Herrschenden zugedacht haben und diese Rolle so gut spielen, durchschauen und erkennen, warum sie so handeln. Daß sie nämlich durch materielle Abhängigkeit der gleichen Existenzangst ausgeliefert sind wie wir alle. Bis dann der Zeitpunkt kommt, und das dauert meistens nicht mehr lange, wo sie den Weg des geringsten Widerstands gehen und das Geschäft der Kapitalisten betreiben.

Das Rezept der herrschenden Klasse ist immer wieder das gleiche. Erst führt man die Zustände, die man braucht, mit allen möglichen Tricks und Gaunereien herbei, um sich nachher auf sie zu berufen. Wen wundert es da noch, wenn viele Kollegen sogar ihren Vertretern mißtrauen und sich in den privaten Bereich zurückziehen.

Zu fragen ist hier nur, wem das wohl nützt? Wenn man mit so manchen sogenannten Gewerkschaftern über solche

Zusammenhänge redet, dann bekommt man von ihnen zu hören: "Ja, wir sind nun mal eine große Einheitsgewerkschaft, in der es Raum geben muß für Mitglieder aller politischen Richtungen."

Doch denen möchte ich mit einem abgewandelten Zitat des französischen Philosophen und Revolutionärs Sartre antworten: Jemand kann unmöglich von sich behaupten, er sei weder Unterdrücker noch Unterdrückter. Denn wenn er nicht der Unterdrücker ist, so kann er nur der Unterdrückte sein. Und gibt er vor, über allem zu stehen, so ist er eben der Unterdrücker. Da heißt es eben wählen, darin besteht das allgemeine Problem.

Und darum rate ich den Delegierten des außerordentlichen Reform-Gewerkschaftstags am 15. Mai in Düsseldorf, entscheidet euch! Entscheidet euch für die Unterdrückten! Schafft endlich Voraussetzungen, daß die künftigen Forderungen mit der aktiven Beteiligung aller Gewerkschaftsmitglieder durchgesetzt werden können, damit die Organisierten sich selbst als Gewerkschaft begreifen und diese Gewerkschaft nicht als bürokratisches Dienstleistungsunternehmen ansehen. Und das gilt besonders bei dem Kampf gegen das arbeiterfeindliche BVG.

Denn der neue BVG-Entwurf ist in seinen wichtigsten Punkten nur eine Umformulierung und Verschärfung des alten. Wir werden uns so einen neuen Aufguß nicht nochmal servieren lassen. Wir werden es uns nicht länger leisten, zuzusehen, wie die Besten aus unsren Reihen dazu benutzt werden sollen, über uns zu verfügen. Wir werden gegen dieses Gesetz, oder besser gesagt, gegen die, die dahinterstehen, kämpfen. Denn nur das ist für uns wichtig und richtig, was Resultat unseres Kampfes ist. Und vergessen wir dabei nicht, dieser Kampf ist nur ein kleiner Teil des Kampfes, der auf der ganzen Erde stattfindet. Und er ist deshalb wichtig und richtig, weil wir nur so, das heißt gemeinsam, das Joch der Unterdrückung und Ausbeutung bei uns und bei anderen Völkern abschütteln können.

Dafür, Kolleginnen und Kollegen, demonstrieren wir heute am 1. Mai 1971. Um besser ausgerüstet zu sein für die täglichen Auseinandersetzungen in den Betrieben, in der Gewißheit, daß wir solidarisch handeln können.

★★★

Organisierung an der Basis!

Mein Name ist Ernst Keimig, Sprecher der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der chemischen Fabrik Merck.

Kolleginnen! Kollegen!

Wir, die 86 % Arbeitskraftgeber in dieser Gesellschaft, sind von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Wir haben nicht das geringste Interesse daran, beispielsweise in 1o bis 12 Jahren unseren Pkw zweimal zu verdienen, weil in fast allen Wirtschaftsbereichen systematisch auf Verschleiß hin produziert wird. Und das einzig und allein im Interesse der Profitmacherei.

Wir haben nicht das geringste Interesse daran, daß die Arbeitskraft von Abertausenden intelligenter Menschen für eine Milliardenwerbung vergeudet wird, die uns - in einer auf Halbidioten zugeschnittenen Sprache - unwichtige Bedürfnisse aufzuschwatzen versucht, damit wir die wichtigen vergessen.

Wir haben auch nicht das geringste Interesse daran, daß weiterhin Patente in Panzerschränken verschwinden oder vernichtet werden, damit für kurzfristigen und kurzsichtigen Profit rückständige Produktionen aufrechterhalten werden.

Und wir haben nicht das geringste Interesse daran, über die Produkte unserer Arbeit doppelte Forschung und doppeltes Management konkurrierender Konzerne zu bezahlen.

Unsere Arbeitskraft für diese Unsinnigkeiten und Unmenschlichkeiten des kapitalistischen Systems der privaten Profite verschleudern zu lassen, dafür haben wir weder den Willen noch die Geduld! Wir wollen, daß unsere Arbeitszeit verkürzt wird, die Arbeitszeit für die entfremdete, einseitige Produktion, die unsere Intelligenz abtötet, statt sie zu entfalten.

Kolleginnen, Kollegen! Wir werden also nach Methoden und Organisationsformen suchen müssen, um die Produkte unserer Arbeit den Händen der wenigen zu entreißen und in die Hände derjenigen zu legen, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren.

Wir werden - und so möchten wir nicht Mitbestimmung, sondern Selbstbestimmung verstanden wissen - aus unseren Reihen heraus die gesamte gesellschaftliche Produktion im Interesse und durch die arbeitende Mehrheit von Grund auf umorganisieren müssen.

Zur Zeit wird umorganisiert. In allen westlichen Industriegesellschaften. Aber nicht im Interesse der arbeitenden Mehrheit. 1966 gab es in der BRD 43 Zusammenschlüsse von Großfirmen, 1970 mit 263 das vier- bis fünffache. Die Konzerne vereinigen sich zu Monopolen in immer weniger Händen. Die übrigbleiben, einigen sich immer öfter augenzwinkernd über die Aufteilung der Marktanteile und über die Preissteigerungen.

Das Bedrohlichste aber ist: diese Macht, die sich da in den westlichen Industriegesellschaften zusammenballt, hat nicht nur ihre wirtschaftliche Seite. Wir wissen, daß die skandalöse Verteilung der Einkommen durch einen Schutzwall von Gesetzen abgesichert ist, den die bürgerlichen Parlamente um die herrschende Minderheit von Ausbeutern errichtet haben. Was wird aber

Der deutsche Kohlenbergbau

Ein Beispiel kapitalistischer Ausbeutungspraxis

Neue Hiobsbotschaften aus dem Kohlenpott machen das Desaster des westdeutschen Steinkohlenbergbaus deutlich. Wieder einmal soll der Steuerzahler den "schwarzen Riesen an der Ruhr" vor der Pleite bewahren und Profite sichern. Staatsbürgschaften von Bund und Ländern - sprich Steuergelder - werden aufgebracht, um eine verfehlte Wirtschaftspolitik der Kohle- und Stahlbosse zu vertuscheln. Mit der Ankündigung des Aufsichtsratsvorsitzenden Kemper von der Ruhrkohle AG, daß bis zum Jahre 1980 weitere 15 Zechen stillgelegt werden, wird zugleich der Versuch gemacht, die Bergarbeiter zu noch härterem Arbeitstempo und zu noch höheren Leistungen zu zwingen.

+ VERA

Die Geschichte des westdeutschen Kohlenbergbaus von 1945 bis zum heutigen Tag ist geradezu ein klassisches Beispiel dafür, wie rücksichtslos kapitalistische Unternehmen Profite machen und zum Schluß die dadurch eingetretenen Verluste durch Steuergelder bezahlen lassen. Noch nie in der Geschichte des deutschen Kapitalismus hat ein Industriezweig so viel finanzielle Unterstützung vom Staat bekommen, so auf Kosten der Steuerzahler gelebt, wie der westdeutsche Steinkohlenbergbau.

Wer bezahlt und wer kassiert

Als nach dem Zusammenbruch des Hitler-Faschismus der kapitalistische Wiederaufbau der deutschen Industrie begann, war Kohle der wichtigste Energieträger.

---

geschehen, wenn die Grenze des Erträglichen - (wie heute bereits in den Wohnraummieten) - durch Preisdiktate der Monopole in nahezu allen Marktbereichen in einem solchen Ausmaß überschritten wird, daß den abhängig arbeitenden Massen diese gesamte gegen sie gerichtete Entwicklung des Systems auf breiter Front bewußt wird? Wenn nicht nur wir mit allen, die am 1. Mai die roten Fahnen der internationalen Arbeiterbewegung in die Städte tragen, sondern auch der letzte Arbeiter und Angestellte verstanden hat, daß es mit der sozialen Gerechtigkeit, mit Demokratie, das heißt Volksherrschaft, nichts ist, bevor wir nicht begriffen haben, daß wir zusammengehören; bevor wir nicht begriffen haben, daß wir uns den Herren der Monopole und des Notstands und ihren bürokratischen und bewaffneten Machtapparaten entschlossen entgegenstellen müssen!

Dies Kolleginnen und Kollegen, ist unsere Grußadresse an die Unternehmerverbände und an die Unternehmerparteien. Es ist auch unsere Grußadresse an die größte Firma von Darmstadt, die Merck oHG, die schon im Februar dieses Jahres, als wir in der Gewerkschaft noch unsere Forderungen diskutierten, über Briefe an ihre Kunden zu Vorratsbestellungen aufgefordert und Streikpanik verbreitet hat. Hier zeigen die Kapitalisten, daß sie sich um die gesetzliche Friedenspflicht, die uns während der Lohnverhandlungen aufgezwungen ist, nicht scheren.

Aber auch der jetzigen Regierung möchten wir sagen, es gibt keinen Frieden zwischen uns und denen, die ihren Frieden mit dem Kapital machen! Ihr habt angekündigt, die Konzentration des Konzernkapitals bis Sommer '70 mit dem sogenannten Kartellgesetz zu bremsen. Das Gesetz ist bisher am Widerstand der Unternehmerverbände und ihrer Parteienvertreter gescheitert. Die Ankündigung des Gesetzes hat nur bewirkt, daß sich das Entwicklungstempo der Monopolisierung seit 1966 auf das 4 - 5fache beschleunigt hat.

Selbstverständlich haben wir grundsätzlich nichts dagegen, wenn die Produktion konzentriert wird. Nämlich dann nicht, wenn das im Interesse einer bestmöglichen Entfaltung der Produktivkräfte geschieht. Aber wir haben etwas dagegen, daß das, was alle schaffen und alle brauchen, nur einer Minderheit gehört und darüber von einer Minderheit verfügt wird.

Wir brauchen starke Interessenvertretungen in den wirtschaftlichen Machtzentren der Gesellschaft, in den Betrieben. Ein Betriebsverfassungsgesetz, das den von uns gewählten Betriebsräten verbietet, auf unserer Seite zu stehen, wenn wir für unsere Interessen kämpfen müssen, ist und bleibt für uns indiskutabel.

Wir brauchen starke Vertrauensleutekörper an der Basis der Betriebe, die die ersten Schritte dafür tun, daß das mittelalterliche Führerprinzip in den Betrieben abgeschafft wird zugunsten der betrieblichen Demokratie.

Nur mit einer erstarkenden Arbeiterbewegung, nicht mit papierenen Vorschriften und Gesetzen, können wir die Macht der herrschenden Minderheit und ihrer Apparate brechen. Für diese unsere Sache, Kolleginnen und Kollegen, wollen wir an diesem 1. Mai in Darmstadt unsere Einheit und unseren Kampfwillen demonstrieren!

Alles schrie nach Kohle. Aber die Investitionsmittel zur Steigerung der Kohleförderung wurden nicht von den Bergwerkseigentümern aufgebracht, sondern bereitwillig von den damaligen Regierungen aus dem öffentlichen Haushalt gegeben. Ein enormer Geldstrom floss in die Kassen der Zechenherren. Selbst der umfangreiche Bergarbeiterwohnungsbau, von den Zechenherren als soziale Leistung gefeiert, mußte von öffentlichen Steuergeldern finanziert werden. Später hat sich übrigens erwiesen, daß diese Wohnungen die besten Bindungen waren, um die Bergarbeiter an den Pütt zu fesseln. Jeder Kumpel, der den Pütt verlassen wollte, wurde rücksichtslos auf die Straße gesetzt.

Allein im Jahre 1963 sind - in Millionen Mark - folgende Summen für den Bergbau von der öffentlichen Hand aufgebracht worden:

Zuschüsse und Beihilfen zur Rationalisierung.....176
Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen.....225
Bürgschaften vom 1.9.63 für Rationalisierungsverbesserungen.....1500
Bewertungsfreiheit für gewisse Investitionen.....65
Bergmannsprämie von DM 2.50 pro Mann und Schicht.....145o
Zuschüsse an die knappschaftliche Rentenversicherung.....1628
Zuschüsse an die knappschaftliche Krankenversicherung.....35
Entlastung bei der gesetzlichen Unfallversicherung.....75
Beitragsfreiheit zur Arbeitslosenversicherung.....57
Soziale Hilfsmaßnahmen lt. Montanunionvertrag.....31
Frachthilfen für die Beförderung von Kohlen.....98
Zinsverbilligte Darlehen zum Bau von Blockheizwerken.....45
Steuerliche Erleichterungen für die Stillegung von Zechen.....12

Das sind insgesamt DM 5 387 000 000.

Gleichzeitig wurden auf der anderen Seite dem Kohlenbergbau ohne Rücksicht auf die Rentabilität enorme Gewinne entnommen. Aber Anfang bis Mitte der 6o-er Jahre kam die berühmte Kohlenkrise. Der neue Energieträger Erdöl begann das Feld zu beherrschen. Sinnigerweise waren es aber auch die Herren der Bergwerksgesellschaften, die gleich in diesem neuen Geschäft mit drin waren. Ohne langfristige wirtschaftliche Planungsperspektive begannen sie, "ihre Zechen" dicht zu machen und die Kokereien zu verschrotten.

Gewinne aus Verlusten

Vor 2o Jahren gab es in der Bundesrepublik 179 Steinkohle fördernde Zechen; heute sind es nur noch 5o. Als in den Jahren 1960 bis 1965 18 Millionen Tonnen Kohle auf Halden lagen, als die Belegschaften des Gesamtbergbaus von 42o ooo auf 2oo ooo zurück gingen, als in Dortmund 15 ooo und in Gelsenkirchen 1o ooo Bergarbeiter unter roten und schwarzen Fahnen gegen die Zechenstillegungen protestierten, machten die Zechenherren mit den verbliebenen Gruben dennoch weiter gute Geschäfte.

Ohne eine Mark zu investieren, ohne eine Tonne Stahl, ohne Holz und anderes Material zum Ausbau der Kohleadern in die Zechen zu schaffen, ohne einen Pfennig mehr Lohn zu zahlen, kassierten die Zechenbosse für jede Tonne Kohle, die nicht gefördert wurden, 25 DM. Diese Gelder wurden aus den Mitteln der Montanunion und aus Bonns Steuerkassen gezahlt.

In dieser Zeit, als eine große Anzahl älterer Bergleute im Rahmen eines sogenannten Sozialplanes abgefunden wurden und eine dürftige Rente bekamen, als jüngere Bergleute von einer Zeche zur anderen (manche Kumpel drei- bis viermal) verlegt wurden, kauften die Banken- und Börsenhaie Bergbauaktien. Sie wußten sehr gut, daß auch an diesem niedergehenden Industriezweig weiterhin gut zu verdienen war.

Ruhrkohlen AG — ein lukrativer Pleitekonzern

Nachdem die Kohlenkrise Ende 1966 mit über 24 Millionen Tonnen auf Halden ihren Höhepunkt erreicht hatte, die Unruhe unter den Bergarbeitern größer war, schlossen sich, auf Bonner Veranlassung 25 Bergwerksunternehmen zu einem Mammutkonzern zusammen. Schiller, der Wirtschaftsminister der Großen Koalition erklärte damals: "Damit ist das Fundament für eine nachhaltige Gesundung des Ruhrreviers gelegt".

Das war Schillers Meinung, aber vielleicht haben die Mitglieder des Hauptvorstandes der IG Bergbau und Energie ebenfalls an Schillers Prognose geglaubt. Kenner nannten die neue Ruhrkohlen AG ein "nacktes Unternehmen", ein "Skelett ohne Fett und Fleisch". Das Unternehmen vereinigte 52 Schachtanlagen, 29 Kokereien und 5 Brikettfabriken, in denen seit Jahren nicht mehr investiert wurde als notwendig war, um die Produktion aufrecht zu erhalten.

Aber nur die ausgepokerten Anlagen wurden in die neue Gesellschaft eingebracht. Die lukrativen Kraftwerke, die gewinnträchtigen Wohnungsbaugesellschaften, die Chemieanlagen und Grundbesitz von unvorstellbarem Ausmaß wurden den alten Besitzern, in der Regel den Stahlkonzernen, zugegliedert; denn die Herren, die entscheiden, sitzen zugleich in den Aufsichtsräten und Vorständen von Kohle und Stahl. Auch ist bekannt, daß die jetzt unrentablen Zechen langfristige Konzernschulden aus der vorangegangenen Zeit in die neue Gesellschaft mit eingebracht haben. Allein die Zechen des Rheinstahl-Konzerns brachten 7o Millionen DM Verluste mit, um sie, wenn möglich, nach altem Vorbild wieder durch staatliche Subventionen ausgleichen zu lassen.

Auch wußten die Herren vom Stahl diese von ihnen konzipierte neue Ruhrkohlen AG auch folgendermaßen zu nutzen: Thyssen, Krupp, Hoesch, Salzgitter und Ilseder Hütte haben vier Vertreter im

Vorstand der Ruhrkohlen AG. Die Vertreter der Stahlindustrie haben der Ruhrkohlen AG den sogenannten Hüttenvertrag aufgezwungen. Mit diesem Vertrag haben sich die Stahlbosse das Recht gesichert, für ihren Eigenbedarf erheblich verbilligten Koks und Kokskohle zu kaufen. Während Kokskohle normalerweise 111 DM kostet, bezahlen die Bosse nur 68, 5o DM. Für Hüttenkoks, der 128 DM kostet, nur 8o bis 85 DM. Während für die Industrien und für den Verbraucher die Kohlenpreise in den letzten Jahren um 3 Mark erhöht wurden, waren die Stahlkonzerne nicht bereit, auch nur einen einzigen Pfennig mehr zu zahlen als sie damals bei der Gründung der Ruhrkohlen AG ausgehandelt hatten. Und das ist unter anderem die Folge dieser cleveren Politik: Mit Betriebsverlusten von 4oo Millionen DM im Jahre 1970 und einem Verlust von 3oo Millionen Mark aus dem Jahre 1969 ist mehr Geld verwirtschaftet worden, als das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von 553 Millionen DM ausmacht.

SPD-FDP-Regierung hat für Kapitalisten offene Taschen

Trotz der enormen Verluste brauchen sich die Aktionäre der Ruhrkohlen AG keine Sorgen zu machen. Mit Bilanztricks, Finanzspritzen, mit Besserungsscheinen und Staatsgarantien werden die Besitz- und Gewinnforderungen der Aktionäre auf jeden Fall gesichert. Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen haben ohnedies für die Begleichung alter Schulden der Gründungsgesellschaft jetzt rund zwei Milliarden DM zur Verfügung gestellt. So stützt und finanziert der Staat kapitalistische Auswucherung und rechtfertigt das mit dem Argument, daß ja die Arbeitsplätze für 18o ooo Arbeiter und Angestellte gesichert werden müssen.

Und was sagt die IG Bergbau und Energie dazu?

Interessant ist, mit welchem Einsatz und mit welcher Geduld der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie diesen Schwindel deckt. Auf den Generalversammlungen der IG Bergbau und Energie haben zwar die Delegierten immer wieder die Überführung des Steinkohlenbergbaus in Gemeineigentum gefordert. Walter Arendt und seine Vorstandskollegen haben jedoch diese Beschlüsse stets mißachtet.

Der neue Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt gab in einer Wirtschaftszeitung folgende Erklärung ab: "Die Einheitsgesellschaft wurde gegründet, um die Strukturkrise zu überwinden, und zwar ohne Schaden für die Volkswirtschaft, die Kunden und die Abnehmer. Es ist gar kein Zweifel, daß sich diese Ursprungsidee nach 16monatigem Bestehen total bestätigt hat."

Abgesehen davon, daß der Kollege Adolf Schmidt bei seinen Überlegungen über Sinn und Zweck der Einheitsgesellschaft die Interessen der Kumpel, die er in erster Linie vertreten soll, wohl vollständig vergessen hat, erhebt sich die Frage, woher er die Unverfrorenheit ableitet, daß sich angesichts einer Schuldenlast von 6oo Millionen DM eine gute Ursprungsidee bestätigt habe? Der neue Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, der übrigens zugleich auch stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Ruhrkohlen AG ist, ist überhaupt ein cleverer Mann. Mit den Bossen der Ruhrkohlen AG hat Schmidt vor einigen Wochen ein geheimes Lohnabkommen abgehandelt. Ohne die Forderungen der Bergarbeiter zu beachten und ohne die Tarifkommission der Bergarbeitergewerkschaft zu informieren, hat Schmidt einer 7 %-igen Lohnerhöhung zugestimmt. Die Bergarbeiter erfuhren erst aus der Presse, daß solche Verhandlungen und Festlegungen stattgefunden haben.

Außerdem hat die Ruhrkohlen AG auch die Absicht, auf den Zechen wieder samstags und sonntags arbeiten zu lassen. Ähnlich wie in der Stahlindustrie soll die gleitende Arbeitszeit eingeführt werden, das heißt ein Arbeitsrhythmus, der es den Bossen erlaubt, zu jeder Tages- und Nachtzeit, an Sonn- und Feiertagen ihre Maschinen, die Anlagen und die Bergleute auszunutzen.

Es wird hier also deutlicher als irgendwo anders, daß die Vergesellschaftung der Kohlenförderung und Kohlenverwertung auf der Tagesordnung steht, nicht nur, um 18o ooo Arbeitsplätze zu sichern, sondern vor allem auch, um eine kapitalistische Machenschaft und Ausbeutungspolitik zu beenden, die zum Himmel schreit.

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

Nur eine Kleinigkeit?

Die Personalabteilung der Hanomag sucht in gängigen Tageszeitungen nach wie vor nach Arbeitskräften. Man wagt aber nicht, und das aus verständlichen Gründen, unter der Rubrik für Stellenangebote den Namen der Rheinstahl Hanomag zu erwähnen. Statt dessen "begnügt man sich" mit der Telefonnummer des Personalbüros.
So konnte es dann natürlich passieren, daß ein "telefonischer Bewerber" folgendes Gespräch führte:
Hanomag: "Hier Personalabteilung der Hanomag, Donner."
Bewerber: "Verflucht, bei dieser Firma arbeite ich schon 1o Jahre!"

I M P R E S S U M

Die Sozialistische Betriebskorrespondenz (SBK) wird hergestellt und vertrieben vom Sozialistischen Büro & Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591, Telefon 0611 - 832593. Abonnementsgebühren für 1971 DM 6.--
Presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe ist Hannelore Vack, Offenbach. Druck: A.W.Dunker, Ffm.

NEUE BUECHER

Gewerkschaften heute - Ordnungsfaktor oder Gegenmacht?

Autor Hansgeorg Conert. Einzelexemplar DM 3.3o; Gruppen bei Abnahme von mindestens 1o Exemplaren Stückpreis DM 3.--

Ein kritischer Beitrag zur Standortbestimmung der Gewerkschaften in der BRD heute. Ausgangspunkt ist die Erwartungshaltung der Mitglieder gegenüber den Gewerkschaften. Es wird verdeutlicht, daß organisierte wie auch nichtorganisierte Lohnabhängige von den Gewerkschaften die Durchsetzung von Ansprüchen erwarten, die den engen Rahmen der vom Profitziel diktierten Funktionsbedingungen des Spätkapitalismus sprengen. Das nunmehr auch in der BRD die Regierung konsequent darangeht, den Ablauf des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses zu steuern, verbessert keineswegs den gewerkschaftlichen Aktionsraum, sondern verengt ihn zunehmend. Die Gewerkschaften können sich daher der Entscheidung nicht entziehen: integrieren sie sich in das System des organisierten Kapitalismus und ordnen sich damit den jeweiligen Bedingungen privater Profitmaximierung unter oder begreifen sie ihre Aufgabe als antikapitalistische Gegenmacht und gehen zu einer Strategie der Durchsetzung systemverändernder Reformen über? Die notwendigen Konsequenzen für die konkrete Politik der Gewerkschaften, für die innerverbandliche Demokratie, für die Mitbestimmungs-Konzeption, für die Bildungsarbeit sowie für die Strategie der Gewerkschaften in der politischen Sphäre werden in dieser Broschüre umrissen und zur Diskussion gestellt. Wir empfehlen sie zur Meinungsbildung sozialistisch engagierter Gewerkschafter!

*

Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik

Autoren: Reinhard Crusius, Oskar Söhl, Manfred Wilke. Einzelexemplar DM 5.1o; Gruppen bei Abnahme von mindestens 1o Exemplaren Stückpreis DM 4.5o.

Das Buch bietet eine übersichtliche Schilderung der Arbeit und der Entwicklung des ersten Lehrlingszentrums der BRD als exemplarische Darstellung, denn der Jour Fix, Hamburg, hat bisher alle Erfolge, Konflikte und Pleiten erlebt, mit denen Lehrlingspolitik (in den Gewerkschaften) konfrontiert wird. Die Schilderung wird Kapitel für Kapitel politisch interpretiert. Drei theoretische Zwischenkapitel, um Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren der Lehrlingsbewegung innerhalb einer sozialistischen Strategie zu umreißen. Viele Dokumente, Flugblätter, Protokolle, Briefe, Aufsätze usw. zur Jour-Fix-Arbeit und zur Lehrlingspolitik allgemein. Dabei kann jeweils das eine ohne das andere gelesen, verstanden und benutzt werden, obwohl Text, Theorie und Dokumentation durch Hinweise übersichtlich miteinander verknüpft sind.

*

Der Konflikt um Lohn und Leistung

Autoren: Adolf Brock, Wolfgang Hindrichs, Reinhard Hoffmann, Oskar Negt, Willi Pöhler, Olaf Sund, Reinhard Welteke. Einzelexemplar DM 5.--; Gruppen bei Abnahme von mindestens 1o Exemplaren Stückpreis DM 4.5o.

Das Taschenbuch stammt aus einer Reihe, in der die Verfasser den Versuch unternehmen, den Themenkreis "Betrieb" für die Arbeiterbildung neu aufzuschliessen. In 4 Hauptkapiteln werden die Konflikte um Lohn und Leistung in einem soziologischen Zusammenhang anschaulich dargestellt. Das Buch beginnt mit einem exemplarischen Fall im Betrieb: Eine technische Neuerung am Arbeitsplatz eines Spitzenschleifers hat eine Veränderung seiner Arbeitssituation zur Folge. Dadurch erfolgt eine neue Arbeitsplatzbewertung, bei der der Arbeiter in eine niedrigere Lohngruppe eingestuft wird. Es kommt zu einer Lohnauseinandersetzung zwischen Arbeitervertretern und der Geschäftsleitung.

An dem Einzelfall werden die dem Konflikt zugrunde liegenden Probleme und Zusammenhänge, wie sie tagtäglich in den Betrieben anzutreffen sind, deutlich gemacht. Ausgehend von solchen Einzelfällen wird dann schrittweise der Zusammenhang der Einzelsituation mit der gesellschaftlichen Situation aufgezeigt. Es werden die Arten und Formen der betrieblichen und gesellschaftlichen Konflikte um Lohn und Leistung ausführlich behandelt. Abschließend wird versucht, einige Zukunftsgesichtspunkte zu beantworten. Ein Anhang gibt Auskunft über die Arten und Formen der Entlohnung und Leistungsermittlung in der betrieblichen Praxis. Ein Literaturverzeichnis orientiert über weitere einführende und weiterführende Bücher zum Thema.

Es wird bei dem Stoff auf wissenschaftliche Zitierweise und dem Nachweis eines wissenschaftlichen Apparates verzichtet. Die Autoren haben sich bemüht, die Umgangssprache, soweit als möglich zu verwenden. Dadurch wird der Stoff übersichtlich und für jedermann verständlich.

*

Die vorstehend besprochenen Schriften können zu den angegebenen Preisen bezogen werden durch den Bücher- & Papervertrieb im Sozialistischen Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28, Telefon 0611 - 83 25 93.